

## Stadtrat Nidau

### PROTOKOLL

#### 2. Sitzung des Stadtrates

Donnerstag, 20. Juni 2013, 19.00 – 20.15 Uhr, Kreuz-Saal, 2560 Nidau

5

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsident:	Fuhrer Martin, FDP	
1. Vizepräsident:	Messerli Philippe, EVP	
2. Vizepräsident:	Schneiter Marti Susanne, FDP	
Stimmzähler:		Peter Rolli, SP
Stimmzähler:	Ursula Hafner-Fürst, FDP	
Mitglieder:	Aellig Bernhard, BDP	
	Berger Hans, SP	
	Büchel Maja, Grüne	
	Deschwanden Inhelder, Brigitte (SP)	
	Dutoit Jean-Pierre, PRR	
	Evard Amélie, FDP	
	Fuhrer Sandra, FDP	Eyer Marc, SP
	Friedli Sandra, SP	
	Hafner-Bürgi Marianne, FDP	Gutermuth-Ettlin Marlies, Grüne
	Hügli Zeaiter Regula, SP	
	Iseli Steve, Grüne	
	Jenni Hanna, PRR	
	Leiser Matthias, FDP	
	Lehmann Peter, EVP	
	Pfyffer-Liechti Cédrine, SP	
	Möckli Raphael, Grüne	
	Müller Ralph, FDP	
	Muthiah-Nadarasa Ushanthini, SP	
	Scassa Rosario, PRR	
	Simon Jörg, FDP	
	Simon Sonja, FDP	
	Spycher Thomas, FDP	Zoss Rudolf, SP

Der Stadtrat ist beschlussfähig.

Vertreter des Gemeinderates:	Kneubühler Adrian, Stadtpräsident	Brauen Elisabeth, Vize- stadtpräsidentin
	Bachmann Christian	
	Hess Sandra	
	Hitz Florian	
	Lehmann Ralph	
	Weibel Dominik	
Sekretär:	Ochsenbein Stephan	
Protokollführerin:	Weber Susanne	
Planton:	Franz Saurugger	

### Traktanden

01. Genehmigung Protokoll Nr. 1 vom 21. März 2013
02. Jahresrechnung 2012
03. AGGLOlac – Bericht der Gemeinderäte von Nidau und Biel an die Stadträte von Nidau und Biel zu den Zusatzabklärungen
04. Postulat Ursula Hafner-Fürst – Glassammelstelle Zihlstrasse

10

Der Stadtratspräsident **Martin Fuhrer** eröffnet die zweite Sitzung im Jahr 2013. Dem Verein Kultur Kreuz Nidau wird bestens für das Gastrecht und die Bewirtung im Kreuzsaal gedankt.

15

Als Ersatzstimmzähler stellt sich Hans Berger (SP) zur Verfügung. Die Ernennung erfolgt ohne Abstimmung.

Die Diskussion über aktuelle Themen wird nicht verlangt. Fraktionserklärungen liegen keine vor.

20

### **01. Genehmigung Protokoll Nr. 1 vom 21. März 2013**

Zum Protokoll Nr. 1 vom 21. März 2013 sind folgende Berichtigungen eingegangen:

25

Deckblatt Protokoll: Das Büro des Stadtrates wird angepasst.

Korrektur auf Seite 55, Zeile 2110: Die korrekte Formulierung lautet: Diese formuliert in zehn Zielen die Schwerpunkte...

30

Das Protokoll wird mit den Berichtigungen einstimmig genehmigt.

## 02. Jahresrechnung 2012

---

Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat die Jahresrechnung 2012 inkl. Vorbericht gemäss Beilage.

---

### Sachlage

35 Der Vorbericht enthält alle wesentlichen Erläuterungen zur Jahresrechnung 2012.

### Erwägungen

**Christian Bachmann:** Dem Stadtrat sind die Unterlagen bestehend aus Vorbericht und Zahlenmaterial ausgehändigt worden. Ein Alt-Bundesrat würde dieses Rechnungsergebnis wohl mit den  
40 Worten „Freude herrscht“ beschreiben. Als Finanzvorsteher freue er sich, dass auch die vierte Jahresrechnung mit einem positiven Resultat abschliesse. Das Budget habe rund CHF 1.1 Mio. Defizit vorgesehen. Nach dem Abschluss könne Nidau dem Eigenkapital CHF 377'000.00 zuführen und CHF 1.5 Mio. zusätzliche Abschreibungen vornehmen. Die Abweichungen zum genehmigten Budget seien bekanntlich zu begründen. Positive Abweichungen seien selbstverständlich weitaus  
45 angenehmer zu begründen. Bei der vorliegenden Rechnung seien insbesondere zwei Faktoren ins Gewicht gefallen. Bereits im Jahr 2011 habe Nidau weniger investiert als vorgesehen, so nun auch im vergangenen Jahr. Dies bewirke folglich auch einen geringeren Abschreibungsbedarf.

Andererseits würden die geringeren Ausgaben im Sachaufwand auffallen. Viele kleine Budgetpos-  
50 ten seien nicht ausgeschöpft worden. Er danke der Verwaltung für das kostenbewusste Handeln. Bei dieser Gelegenheit mache er auf die Berichterstattung im Sonntagsblick aufmerksam, wonach Nidau punkto Verwaltungskosten schweizweit bei den günstigsten Gemeinden liege (pro Kopf rund CHF 340.00). Das Budget im Infrastrukturbereich sei durch Hanspeter Jungi, ehemaliger Bauverwalter, erstellt worden. Der Nachfolger, Ueli Trippel, habe in verschiedenen Bereichen an-  
55 dere Schwerpunkte gesetzt und teilweise die Ausgaben nicht wie ursprünglich vorgesehen ausgeschöpft. Er weise darauf hin, dass einige Investitionen zwar nicht ausgeführt worden seien, diese aber später auf Nidau zukommen würden. Er habe sein Amt als Finanzverwalter angetreten mit dem Ziel, die Budgetgenauigkeit zu verbessern. Die Genauigkeit sei zwar besser geworden, sie sei aber noch nicht gut genug. Er hoffe, dass er diese Aufgabe nach den nächsten Wahlen weiter-  
60 führen und weiter verbessern dürfe.

Eintreten kann nicht bestritten werden.

**GPK (Hanna Jenni):** Einstimmige Zustimmung. Die GPK zeige sich erfreut, dass die Jahresrech-  
65 nung besser abschliesse als budgetiert. Von der Budgetungenauigkeit werde Kenntnis genommen. Die GPK stelle jedoch fest, dass mehr Abweichungen auf der positiven Seite zu finden seien. Beim Sachaufwand seien die Budgetkredite um CHF 1.217 Mio. unterschritten worden. Der erhebliche Minderaufwand sei nicht vollumfänglich durch Einsparungen erzielt, sondern teilweise durch Hinausschieben von Projekten erzielt worden. Besorgniserregend sei, dass die Steuereinnahmen der  
70 natürlichen Personen stetig sinken würden. Die Stadt Nidau müsse versuchen, diesbezüglich Gegensteuer zu geben. Auch die hohen Steuerabschreibungen würden der GPK Sorgen bereiten.

Schliesslich weise die Kommission darauf hin, dass der im Durchschnitt erzielte harmonisierte Steuerertrag mit 86,18 % klar unter dem kantonalen Mittelwert liege.

75 **Bürgerliche Fraktion (Thomas Spycher):** Einstimmige Zustimmung. Es liege auf der Hand, dass eine Jahresrechnung mit einem Ertragsüberschuss begrüsst werde. Ebenfalls begrüsst würden die ausserordentliche Amortisation in der Höhe von CHF 1.5 Millionen. Der Vorbericht zeige einmal mehr auf, wie unbeeinflussbar diverse Faktoren auf die Rechnung einwirken würden. Die Fraktion habe den positiven Eindruck, der Gemeinderat und die Verwaltung hätten die Kosten im  
80 Griff. Die sinkenden Steuererträge und hohen Steuerabschreibungen würden auch der bürgerlichen Fraktion Sorgen bereiten. Der Finanzvorsteher habe ausgeführt, die Budgetgenauigkeit sei besser geworden. Dies sei Ansichtssache. Der Unterschied zu früheren Jahren liege höchstens darin, dass Nidau in der Vergangenheit einen längeren Bremsweg zur Verfügung gehabt habe, als dies heute der Fall sei. Heute seien die Investitionen höher, so auch der Abschreibungsaufwand.  
85 Man müsse sich fragen, ob sich Nidau in einem Blindflug befinde oder in einem ankerlosen Schiff treibe oder ob allenfalls heute noch taktisches Kalkül dahinterstecke. Die Kosten seien bis zu einem gewissen Grad beeinflussbar, die Einnahmen offenbar nicht. In diesem Sinn freue er sich auf eine sehr interessante Budgetdebatte im Herbst.

90 **Fraktion SP (Sandra Friedli):** Einstimmige Zustimmung. Die Fraktion freue sich über das positive Ergebnis. Man danke der Abteilung Finanzen bestens für ihre Arbeit.

**Fraktion EVP/Grüne (Maja Büchel):** Einstimmige Zustimmung. Die Fraktion mache sich ebenfalls Sorgen bezüglich der Steuern. Man weise darauf hin, dass aufgeschoben nicht aufgehoben  
95 bedeute. Die nicht getätigten Ausgaben würden einfach später wieder auf Nidau zukommen. Ansonsten schliesse man sich dem Votum der GPK an.

Detailberatung:

100 Zum Vorbericht: keine Wortmeldungen.

Zum Zahlenmaterial:

**Maja Büchel (Grüne):** Position 582.367.06 (Beitrag an Beschäftigungsprogramme): Nidau habe  
105 lediglich CHF 136'561.22 ausgeschöpft. Es sei von Interesse, weshalb die vorhandenen Mittel nicht besser genutzt worden und welche Massnahmen ergriffen worden seien.

**Ralph Lehmann:** Mitunter ausschlaggebend sei ein Vertragswechsel des Kantons, welcher 2011/12 stattgefunden habe. Basierend auf den bisherigen Verträgen, welche mit einzelnen An-  
110 bietern abgeschlossen worden seien, habe die Stadt Nidau versucht, die Teilnehmer möglichst passend auf die unterschiedlichen Programme zu verteilen. Im 2011 habe der Kanton seine Strategie insofern gewechselt, als dass nur noch mit einem Anbieter ein Vertrag abgeschlossen worden sei (FAI – Fachstelle Arbeitsintegration Biel). In der Folge (ab 2012) seien alle Nidauer Teilnehmenden der FAI gemeldet worden, diese habe die Triage und die Platzierung übernommen.  
115 Die Einführung und Umstellung innerhalb der FAI habe viel Zeit in Anspruch genommen, der praktische Betrieb habe erst Mitte des Jahres reibungslos funktioniert. Nidau habe 30 - 40 Personen angemeldet, wovon leider keine einzige ein Programm besucht habe. Seit Mitte 2012 funktionieren die Platzierung nun aber problemlos, die FAI habe ihre Arbeit im Griff. Eine Verteilung auf andere Programme sei mangels anderweitiger Verträge leider nicht möglich gewesen. Diese Um-

120 stellung dürfe als Hauptgrund bezeichnet werden, weshalb die vorhandenen Mittel im Budget  
nicht wie beabsichtigt ausgeschöpft worden seien.

Weiter zu erwähnen sei das gemeindeeigene Programm. Auch dort sei ein Vertragswechsel vor-  
genommen worden. Die Firma Team-Solution, welche das Programm der Stadt Nidau neu über-  
125 nommen habe, habe ihre Arbeit leider unbefriedigend ausgeführt. Die Programme seien nicht den  
Zielsetzungen entsprechend ausgeführt worden. Die Teilnehmer seien als günstige Arbeitskräfte  
eingesetzt worden, ohne entsprechende Unterstützung zur Wiedereingliederung. Die Abteilung  
Soziale Dienste habe sich aus den dargelegten Gründen zurückgehalten, Personen in diese Pro-  
gramme zu entsenden.

130 Anlässlich von Gesprächen mit der GEF habe man auf die unglücklichen Umstände aufmerksam  
gemacht. Mittlerweile dürfe aber festgehalten werden, dass die FAI die Situation im Griff habe.  
Wie die Programme künftig weitergeführt würden, sei noch ungewiss.

135 Das Wort wird in der Detailberatung nicht weiter verlangt.

### **Beschluss**

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe c der Stadtordnung  
vom 24. November 2002 einstimmig:

- 140
1. Auf dem Konto 990.332.00 „Übrige Abschreibungen“ der Funktion Finanzen und Steuern  
wird zulasten der Rechnung 2012 ein Nachkredit von CHF 1'500'000.00 bewilligt.
  2. Die Jahresrechnung 2012 der Stadt Nidau, die damit bei Aufwendungen von  
CHF 49'611'396.26 und Erträgen von CHF 49'988'881.03 mit einem Ertragsüberschuss  
von CHF 377'484.77 abschliesst, wird genehmigt.
  - 145 3. Die vom Gemeinderat gemäss Artikel 26 und 27 der Stadtordnung beschlossenen Nach-  
kredite und gebundenen Ausgaben werden zur Kenntnis genommen.
  4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

150

### ***03. AGGLOlac – Bericht der Gemeinderäte von Nidau und Biel an die Stadträte von Nidau Biel zu den Zusatzabklärungen***

---

*Der Stadtrat leitet die Phase Planung ein. Er genehmigt die entsprechende Planungsvereinbarung,  
nimmt Kenntnis von den vereinbarten Grundsätzen und Zielsetzungen betreffend Werte- und  
Risikoausgleich / Modalitäten für die Bereitstellung des Baulandes und beauftragt den Gemein-  
derat mit den weiteren Schritten für den Fall, dass die Ergebnisse des qualitätssichernden Verfah-  
rens die Wirtschaftlichkeit des städtebaulichen Konzeptes bestätigen.*

---

### **Sachlage / Vorgeschichte**

Es wird auf den Bericht der Gemeinderäte von Biel und Nidau an die Stadträte von Biel und Nidau  
samt Beilagen verweisen.

155 **Erwägungen**

**Adrian Kneubühler:** Das konkrete Ziel des vorliegenden Geschäfts sei die Beschlussfassung über die beiden Vereinbarungen. Wenn die Planungsvereinbarung zwischen den beiden Städten Biel und Nidau und der Mobimo AG durch die Parlamente verabschiedet werde, stelle dies den eigentlichen Startschuss zum Ideenwettbewerb AGGLOlac dar. Die Mobimo AG habe den Wettbewerb bereits vorbereitet, dies jedoch auf eigenes Risiko. Einleitend sei darauf hinzuweisen, dass die konkrete Projektplanungsstrategie vorliegen werde, sobald der Ideenwettbewerb abgeschlossen sei und die Testplanungen sowie Workshops mit diversen Interessengruppen durchgeführt worden seien. Gestützt auf diese Strategie werde der Gemeinderat zu Handen des Stadtrates die entsprechenden baurechtlichen Änderungen der Überbauungsordnung beantragen. Bis zu diesem Zeitpunkt bitte er die Ratsmitglieder die bisher bekannten Bilder und Skizzen von AGGLOlac geistig in den Abfallkorb zu werfen. Mit der behördenverbindlichen Strategie könnten sich die Ratsmitglieder ein neues Bild machen. Heute sei noch kein einziges Baufeld, kein Kanal und keine Grünfläche definiert.

170 Die Planungsvereinbarung werde durch die beiden Parlamente in Eigenverantwortung beschlossen. Im Weiteren nehme der Stadtrat Kenntnis von der Vereinbarung über den Werte- und Risikoausgleich zwischen den Grundeigentümern, die Modalitäten für die Bereitstellung des Baulandes behandelnd. Dieser Vertrag werde zu Handen einer späteren Volksabstimmung verabschiedet.

175 Es sei klar, dass im besagten Gebiet verdichtet gebaut werden müsse. Entweder könnten die Fixkosten (Archäologie, Altlasten) im Bereich AGGLOlac kompensiert werden oder nicht. Dicht bauen bedeute aber keinesfalls eine flächendeckende Überbauung. Alternativ könnten Baufelder und offene Felder kombiniert werden. Dies Absicht habe eine besondere Bedeutung für Nidau. Wenn Nidau mit der bestehenden Einwohnerstruktur fortfahre, könne die Rechnung finanzpolitisch in naher Zukunft nicht mehr aufgehen. Im Zentrum stehe der politische Wille in einem neuen Quartier neue, teilweise gut situierte, Steuerzahler anzulocken, oder es bleiben zu lassen und die unausweichlichen Konsequenzen zu tragen. Das zweite Ziel stelle eine Dynamisierung des Nidauer Stedtlis dar. Der Gemeinderat habe die Absicht die baurechtlichen Vorschriften flexibler auszugestalten. Halte man am Status quo fest, bestehe die ernsthafte Gefahr, dass das Nidauer Stedtli zu einem Museum von alten, schönen Gebäuden verkomme, welche inwendig keine bauliche Veränderungen erfahren dürften und den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entsprächen. Für eine Modernisierung des Gewerbes würden flexiblere Bauvorschriften alleine nicht ausreichen. Dies seien die grundsätzlichen strategischen Überlegungen, warum Nidau an AGGLOlac interessiert sein müsse.

195 Weiter sei auch klar, dass mit der geplanten Überbauung ein öffentlicher Seezugang erhalten oder bzw. erstellt werden solle. Heute sei es beispielsweise nicht möglich, vom Kleinbootshafen direkt zum Nidauer Strand zu spazieren. Entlang dem See bestehe heute kein durchgehender Fussweg. Darum solle eine Aufwertung stattfinden. Dies seien die Gründe, weshalb der Gemeinderat und auch der Stadtrat das Projekt bis jetzt vorwärts getrieben hätten.

Weiter betone er mit Nachdruck, dass Nidau aus eigener Kraft in die Zukunft gehen wolle. Es handle sich klarerweise nicht um ein Fusionsprojekt.

200 Heute würde noch keine konkrete Planungsstrategie vorliegen. In der Zwischenzeit sei umfassende Grundlagenarbeit betrieben worden. Unabhängig davon, welche Massnahmen dannzumal für

das betreffende Gebiet zum Zug kommen würden. Ohne die Grundlagenarbeiten würde dies, welche Art Überbauung auch immer gewählt werde, eine Katastrophe zur Folge gehabt. Er erinnere  
205 an die Tatsache, dass ein Projekt basierend auf der alten expo.park-Planung in einem finanziellen Fiasco ausgeartet wäre. Gemäss expo.park-Planung wären die Bauten direkt in den archäologischen Schutzgebieten zu stehen gekommen. Schliesslich gelte es punkto Grundlagen zu bedenken, dass auch für die Realisierung eines Parks Grundlagenarbeit notwendig gewesen wäre.

210 Wenn diese Arbeit zum Schluss komme, dass AGGLOlac machbar sei bedeute dies nicht zugleich, dass alle Probleme vom Tisch seien. Verdeutlicht werde dies an zwei Beispielen: Tennisplätze Stadt Biel (Ablösung Baurechtsvertrag), Kosten Archäologie. Gerade die Kosten der Archäologie seien bemerkenswert. Es sei heute noch nicht abschätzbar wie teuer die Archäologiekosten zu stehen kommen würden. Noch vor zwei Jahren habe er die Hoffnung gehegt, dass mit den Zusatzabklärungen alle offenen Fragen soweit geklärt werden könnten, dass die Teilnehmenden des  
215 Ideenwettbewerbs eine grüne Wiese beplanen könnten. Dies habe sich leider nicht bestätigt. Die Kosten der Archäologie würden unmittelbar vom konkreten Projekt abhängen. Daher müsse im Vorfeld die Strategie bzw. die Idee festgelegt werden. Basierend darauf könnten Berechnungen vorgenommen werden. Zudem sei in den Wettbewerbsvorschriften bezüglich Archäologie festgehalten, wo sich die Schutzschichten befinden würden bzw. wo der Baugrund teuer werde. Die  
220 Wettbewerbsteilnehmer würden somit bereits heute in die Verantwortung mit einbezogen.

Die Nidauer Idee sei bekanntlich, mit möglichst wenig öffentlichen Mitteln ein erschlossenes Gebiet zu realisieren. Die Finanzierung solle weitgehend über die Projektkosten erfolgen. Wenn das  
225 Stimmvolk die baurechtlichen Grundlagen verabschieden würde, müsste der Investor rund CHF 110 Mio. finanzieren. Mit dieser Summe müssten die Terrainbereitstellung, die archäologischen Schutzgrabungen und die Entsorgung der Altlasten finanziert werden. In besagtem Betrag seien Kosten im zweistelligen Millionenbereich für die Archäologie berücksichtigt. Der Kanton habe signalisiert sich an der Finanzierung der Archäologiegrabungen zu beteiligen. Sollte das Projekt bis  
230 zur Volksabstimmung gelangen, werde man dem Regierungsrat eine schriftliche Zusicherung abringen, dass dem Grossen Rat ein entsprechendes Kreditbegehren unterbreitet werde (Zustimmung Biel und Nidau vorausgesetzt). Es sei nicht zuletzt auch im kantonalen Interesse eine Aufwertung im Seegebiet zu erreichen.

235 Zum Wertausgleich- und Risikoausgleich: Es könnte die Frage auftauchen, weshalb Biel mit CHF 7 Mio. vorauspartizipiere und zudem nur ein Risiko von CHF 7 Mio. trage. Dies sei auf die unterschiedliche Interessenlage zurückzuführen. Nidau habe ein grosses Interesse, dass aus dem Projekt mit möglichst wenig Steuergeldern ein neues Quartier entstehe. Die Stadt Biel hingegen wolle ihr Land verkaufen. Wenn ein Gewinn resultiert, gingen die ersten 7 Millionen Franken an Biel  
240 als Landentschädigung. Im Falle eines Verlusts hätte Biel den selben Betrag verloren.

Zwei Punkte seien besonders hervorzuheben: Wenn im vorliegenden Vorhaben jedes Risiko parzellenscharf auf Biel oder Nidau verteilt werden sollte, könne das Vorhaben nicht gelingen. Es handle sich vorliegend um ein gemeinsames Projekt der Städte Nidau und Biel, die Risiken würden  
245 gemeinsam über das Projekt getragen. Dies sei die Grundidee der Vereinbarung.

Auch wenn das Volk seine Zustimmung gegeben habe, könne die Mobimo AG keinen Anspruch durchsetzen, das Projekt in jedem Fall wie vorgesehen auszuführen. Sollte der Kostenrahmen von CHF 110 Mio. überschritten werden, sei die Mobimo mit der Vereinbarung verpflichtet, das Projekt  
250 der aktuellen Situation anzupassen. Der Investor werde bewusst eingebunden, in jedem Fall eine

Gesamtidee umzusetzen, gemeinsam mit den beiden beteiligten Städten. Sollte unglücklicherweise mit der letzten Baggerschaufel ein unvorhergesehenes Risiko auftauchen, müssten die Städte das Risiko tragen. Aus diesem Grund sei eine umfassende Kostenkontrolle zwingend nötig. Mit der vorliegenden Vereinbarung werde die bestmögliche Lösung geschaffen, die Risiken zu reduzieren.

255

Sollte sich heute das Parlament heute dagegen aussprechen, hätte man CHF 750'000.00 in den Sand gesetzt, das Projekt hätte Schiffbruch erlitten. Wenn der Stadtrat aber zustimme, werde die Mobimo verpflichtet CHF 4 Mio. auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Dieser Betrag stehe zur Verfügung für das qualitätssichernde Verfahren, den Ideenwettbewerb, und die Durchführung der Testplanungen. Sollten die CHF 2,5 Mio. dafür nicht ausreichen, würden die beiden Städte mit dem bereits eingeworfenen Kapital haftbar. Eine Rückzahlung würde entfallen. Im Falle einer Zustimmung werde das Risiko für den Steuerzahler nicht steigen. Die Beteiligten müssten nun einen gemeinsamen Weg gehen, um das Vorhaben zu konkretisieren.

260

265

Aus aktuellem Anlass wolle er auch noch auf die Initiative PubliLac eingehen. Der Politiker Adrian Kneubühler sei wenig erfreut über die vorliegende Ungültigkeitserklärung. Der Gemeinderat habe alle erdenklichen Möglichkeiten geprüft, diese Ungültigkeitserklärung zu umgehen. Das vorliegende Gutachten sei auf Herz und Nieren geprüft worden. Die Diskussion über mehr oder weniger Grünfläche sei absolut legitim. Der Gemeinderat wolle und müsse die Skeptiker involvieren. Offene

270

Haltungen, welche allenfalls eine andere Bauweise verlangten, seien durchaus willkommen. Der Gemeinderat habe den Dialog gesucht, allerdings ohne Erfolg. Die Ungültigkeitserklärung haben wohl auf beiden Seiten zu einer Radikalisierung der Atmosphäre geführt. Der Gemeinderat habe kein Interesse, kurz vor den Gemeindewahlen eine passende Plattform zur Mobilisierung zu schaffen. Eine Gültigkeitserklärung wäre bedeutend leichter gefallen. Nun liege jedoch ein juristisches Gutachten vor, welches dagegen spreche. Der Gemeinderat wolle die Bedenken der Kritiker, die ein graues Quartier ohne grüne Flächen befürchteten durchaus ernst nehmen. Mit dem Leiter des Initiativkomitees sei sehr früh das Gespräch gesucht worden. Er selber habe ihm mitgeteilt, dass die Initiative zu früh lanciert worden sei. Der Antrag sei offenbar nicht optimal vorbereitet worden. Dies habe zur Ungültigkeitserklärung geführt. Obwohl es dem Gemeinderat keine Freude bereite, habe er einen unpopulären Entscheid fällen müssen.

275

280

Er mache den Ratsmitgliedern beliebt, mit einem kräftigen Ja der Vorlage zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

285

**GPK (Peter Lehmann):** Einstimmige Zustimmung. Die GPK bedanke sich beim Gemeinderat für die äusserst aufschlussreiche Informationsveranstaltung. Ein Projektabbruch zum jetzigen Zeitpunkt sei falsch. Mit der Vorlage solle die Planung und Ausarbeitung des Projekts AGGLOlac ermöglicht werden. Nach Abschluss dieser Phase könne die Nidauer Bevölkerung über ein konkretes Projekt abstimmen. Für diesen Schritt sei kein weiterer Kreditbeschluss notwendig. Der Vertrag über den Werte- und Risikoausgleich sei ausgewogen. Die Stadt Nidau könne diesen gutheissen.

290

**SP-Fraktion (Hans Berger):** Einstimmige Zustimmung.

295

**Fraktion Grüne/EVP (Philippe Messerli):** Einstimmige Zustimmung. Die Fraktion sei der Meinung, das Projekt sei seriös aufgelegt, umfassende Projektabklärungen seien getroffen worden und mit der Mobimo habe man einen seriösen Partner als Investor und Projektentwickler gefunden. Die Firma sei auch an einer längerfristigen Lösung interessiert und verfolge einen partizipati-

300 ven Ansatz. Das vorgesehene mehrstufige Verfahren biete Gewähr, dass eine qualitativ hochstehende Überbauung realisiert werden könne. Für eine Zustimmung spreche auch, dass das finanzielle Risiko für die beiden Städte sehr gering und begrenzt sei. Das Hauptrisiko trage der private Investor. Das Projekt werde nur realisiert, wenn die Wirtschaftlichkeit gegeben sei. Zudem biete das Projekt AGGLOlac für Nidau und die gesamte Agglomeration eine einmalige Gelegenheit, um wirtschaftlich und bevölkerungstechnisch in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu wachsen  
305 und damit auch längerfristig ein Steuersubstrat zu generieren. Schliesslich garantiere AGGLOlac, dass Nidau an bester Lage Grün- und Freizeitzone erhalten werde, welche finanzierbar seien. Als besonderer Punkt sei zu erwähnen, dass das Projekt AGGLOlac der Nachhaltigkeit verpflichtet sei. Man werde bei der Erarbeitung der Überbauungsordnung einen aufmerksamen Blick auf die Vorgaben punkto Sparsamkeit und Energieeffizienz werfen. Mit der Zustimmung könne Nidau den  
310 Startschuss geben und einen wichtigen Schritt in Richtung Konkretisierung gehen. Die Fraktion erwarte mit Spannung die Resultate des Ideenwettbewerbs. Man wolle offen sein für neue, innovative Ideen und die bekannten Bilder aus den Köpfen löschen.

**Bürgerliche Fraktion (Jörg Simon):** Einstimmige Zustimmung. Der Stadtpräsident habe es  
315 ausgeführt, die bekannten Bilder aus der Presse seien nun zu löschen. Man wolle mit dem Wettbewerb die Gelegenheit bieten, eine Idee zu entwickeln, welche die Zustimmung aller finden könne. Ein öffentlicher Zugang zum See, Grünflächen, etc. seien vorgesehen. Sollte ein unzureichendes Projekt obsiegen, bestehe immer noch die Möglichkeit, das Vorhaben abzulehnen. Im Moment sei eine offene Haltung sinnvoll und angezeigt.

320

Diskussion:

**Hanna Jenni (PRR):** Als Präsidentin der Interkommunalen Kommission AGGLOlac wolle sie unterstreichen, dass sie sich sehr für das Vorhaben AGGLOlac einsetze. An der Informationsveranstaltung sei klar zum Ausdruck gekommen, welche Bedeutung das Vorhaben AGGLOlac für alle  
325 Beteiligten habe. Nebst den beiden Stadtpräsidenten seien die externen Berater und namhafte Vertreter des private Investors anwesend gewesen. Eine breit abgestützte Lösung sei von grosser Bedeutung.

330 Dem Stadtrat werde die Planungsvereinbarung zum Beschluss unterbreitet, welche das qualitätssichernde Verfahren auslöse. Zudem werde die Eintrittszahlung des privaten Partners ausgelöst, welche die Finanzierung der Vorarbeiten und die Durchführung des Wettbewerbs absichere. Durch den Start des qualitätssichernden Verfahrens werde auf der Basis des Ideenwettbewerbs und der Testplanung ein städtebauliches Konzept für den gesamten Wettbewerbsperimeter ermittelt. Es  
335 stelle eine immense Chance dar, dass ein derart grosser Perimeter in die Planung mit einbezogen werden könne. Sie sei sehr erfreut über die vorgängigen Voten. Auch sie habe alte Bilder im Kopf. Sie sei aber überzeugt, dass diese vergilbten Bilder mit dem Ideenwettbewerb übermalt werden könnten. Es sei allen klar, dass am heutigen Tag weder über Kanäle, noch über Strassen, Bauten oder Nutzungen abgestimmt werde. Im Gegenteil: Man biete Hand zu einer neuen Sicht und einer  
340 neuen Vision. Allen Interessierten könne sie die Website von AGGLOlac empfehlen. Die Seite enthalte bereits die Bestimmungen des Ideenwettbewerbs und viele weitere Informationen. So sei auch ein Artikel über die aberkannte Initiative PubliLac aufgeführt. Sie sei sicher, dass die Ideen der Initianten nicht spurlos an der Planung vorbeigehen würden.

345 Der Stadtrat nehme weiter Kenntnis von den durch den Gemeinderat vereinbarten Grundsätzen und Zielsetzungen betreffend dem Werte- und Risikoausgleich. Sie sei überzeugt, dass das Vor-

haben nur gelingen könne, wenn alle am selben Strick ziehen würden. Ein parzellenscharfes Denken sei hinderlich, man müsse das gesamte Gebiet in einen gemeinsamen Topf werfen. Klar sei, dass in Nidau und auch in Biel noch viele Diskussion folgen würden. Ein Abbruch zum jetzigen  
350 Zeitpunkt wäre jedoch absolut unsinnig. Erst wenn die Wirtschaftlichkeit bestätigt sei, könne man klarer abschätzen, wie es mit dem Projekt weitergehen solle. Die Auswirkungen der Archäologie und der Altlasten würden zu einem späteren Zeitpunkt besser abschätzbar. Schlussendlich danke sie dem Gemeinderat und der Projektleitung für die geleistete Arbeit. Sie freue sich auf den Ideenwettbewerb und auf die neuen, kommenden Bilder.

355

**Brigitte Deschwanden Inhelder (SP):** Auch sie bedanke sich beim Gemeinderat für die grosse Arbeit. Sie sei froh, dass Vorlage nun dem Stadtrat unterbreitet werde und das Projekt vorwärtsgetrieben werde. Mit der Mobimo AG habe man einen guten Partner gefunden, welcher das Vorhaben begleite. Nichts desto trotz habe sie einen Vorbehalt anzubringen bezüglich dem weiteren  
360 Vorgehen bzw. der Planung. Es sei vorgesehen 30 Ideen aufzunehmen und aus diesen acht auszuwählen, welche eine Testplanung durchführen sollten. Man werde schlussendlich über acht mögliche Konzepte verfügen, wie AGGLOlac realisiert werden könnte. Aus den nominierten Projekten werde das Preisgericht ein Siegerprojekt auswählen, welches schlussendlich dem Volk zum Beschluss unterbreitet werde. Das Preisgericht werde beratend unterstützt durch eine grosse  
365 Gruppe Fachpersonen. Im Preisgericht nehme lediglich eine Person aus Nidau Einsitz, der Stadtpräsident. Sie bringe den Vorbehalt an, dass dieses Vorgehen nicht ganz basisdemokratisch sei. Bei den Testplanungen werde man zwar nach dem Workshop-Verfahren vorgehen, einbezogen würden aber weitgehend nur die politischen Gremien. Sie wolle daher beliebt machen, für die Evaluierung der acht ausgewählten Projekte ein öffentliches Mitwirkungsverfahren durchzuführen.  
370 Auf diese Weise könnte man eine breite Akzeptanz erreichen, indem die Parteien, die Vereine und alle Interessierten aus Biel und Nidau sich am Verfahren beteiligen könnten. Es sei bekannt, dass verschiedene Wünsche und Ideen im Raum stünden, wie mit diesem Gebiet umzugehen sei. Der Stadtpräsident habe es angesprochen: im AGGLOlacperimeter müsse dicht gebaut werden. Man könne aber auch weniger dicht wenn nicht gar locker bauen. Dies werde der grosse politische  
375 Prozess sein, ob das Projekt, welches dem Volk zum Beschluss unterbreitet werde, Akzeptanz finde oder nicht. Sie erinnere daran, dass Nidau bereits einmal ein ähnliches Projekt auf dem Tisch gehabt habe. Die Exekutive habe entschieden und geplant, was mit dem Bahnhof geschehen solle. Der Investor habe das Projekt entwickelt, ohne vorgängig eine öffentliche Mitwirkung durchzuführen habe man das Geschäft dem Stadtrat und schliesslich dem Volk zum Beschluss  
380 vorgelegt. Wenige Personen hätten sich öffentlich zur Wehr gesetzt mit dem Argument, dass Vorhaben sei „nicht schön“. Diese wenigen Widersacher hätten grosse mediale Präsenz erhalten, das Projekt sei schlussendlich gescheitert. Sie wolle daher beliebt machen, die Auswahl der acht Projekte nicht nur dem Preisgericht und den Fachleuten zu überlassen, sondern auch die Bevölkerung und die politischen Parteien mit einzubeziehen.

385

**Thomas Spycher (FDP):** Er wolle dem Gemeinderat ein Kompliment aussprechen. Der vorliegende Bericht sei bezüglich Risikomanagement ausgezeichnet. Der Inhalt sei sehr ausgewogen, viel besser könne eine Berichterstattung nicht erfolgen. Alle Interessen würden unter einen Hut gebracht und die qualitätssichernden Prozesse seien bestmöglich aufgegleist, dies sei bemerkenswert. Er begrüsse die im Saal herrschende Einstimmigkeit sehr. Er rufe gerade im Hinblick  
390 auf die Ungültigkeitserklärung der Initiative PubliLac dazu auf, als Nidauer Parlament geschlossen für das Projekt AGGLOlac einzustehen und den Argumenten der Gegner entgegen zu halten. Es gehe nicht darum die Gründe der Initianten niederzuschmettern, sondern vielmehr sachlich und konstruktiv eine geschlossene Haltung des Nidauer Parlaments zu vertreten. Als einziger Vorbe-

395 halt bringe er die Archäologiekosten an. Der Unsicherheitsfaktor sei erheblich. Die Sanierungskosten seien je nach Anordnung der Baufelder sehr unterschiedlich und er hege gewisse Bedenken, dass das Berner Parlament sich bereitwillig für eine finanzielle Unterstützung bereiterklären werde.

400 **Adrian Kneubühler:** Er bedanke sich für die gehörten Voten. Brigitte Deschwanden habe mit ihrem Einwand ein Anliegen vorgebracht, welches auch ihm im Grundsatz entspreche. Auch er hätte gerne eine breite Abstützung, ob die entworfene Planung den Bedürfnissen entspreche. Er gebe jedoch zu bedenken, dass eine allzu breite Mitwirkung nicht zielführend sein könne. Die SP Nidau sei bekanntlich diejenige Partei gewesen, welche sich auch bei anderen Planungen für einen Wettbewerb nach SIA eingesetzt habe. Auch im Gemeinderat sei eine Befürworterin der Wettbewerbe nach SIA vertreten. Die SIA-Wettbewerbsvorgaben würden ganz klare Vorgaben machen. So werde in der ersten Phase ausdrücklich verlangt, dass der Anteil der Fachrichter höher sein müsse (Mehrheit), als die Anzahl politischer Vertreter. Die Bestimmungen bezüglich stimmberechtigter Preisrichter seien nicht verhandelbar. Die Liste der nicht stimmberechtigten Fachexperten sei daher sehr umfassend, diese würden das Preisgericht beratend unterstützen. Im Rahmen eines SIA-Wettbewerbs eine breite Mitwirkung zu lancieren sei daher nicht möglich. Er werde sich jedoch bemühen, die Anzahl Testplanungen hoch zu halten. Dies würde jedoch gegebenenfalls bedingen, dass die Bereitschaft zur notwendigen Finanzierung vorhanden sei. Im Rahmen der späteren Testplanung müsse die Mobimo AG angehalten werden, eine möglichst breite, freiwillige Mitwirkung zu lancieren und betreiben. Diese Phase sei durch SIA weniger stark strukturiert. Die Mobimo AG habe auch bereits signalisiert, dass grosses Interesse zum Dialog bestehe und die finanziellen Mittel dafür vorhanden seien.

420 Abschliessend wolle er zur Initiative PubliLac festhalten, dass das Nidauer Parlament mit dem heutigen Beschluss keinerlei Risiken eingehen. Auch wenn die Ungültigkeitserklärung sicherlich noch ein paar Tage für Gesprächsstoff sorgen werde, sei kein Grund zur Fundamentalopposition gegeben. Er appelliere an die Ratsmitglieder, die ausgearbeitete Strategie abzuwarten. Die Türen des Gemeinderates stünden für die Initianten nach wie vor offen.

## 425 **Beschluss**

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 54 Absatz der 2 Stadtordnung einstimmig:

- 430 1. Die Planungsvereinbarung zwischen der Stadt Nidau, der Stadt Biel und der Mobimo AG, vertreten durch die Mobimo Management AG, betreffend Umsetzung Vision AGGLOlac in der Phase „Planung“ wird genehmigt.
- 435 2. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von den vom Gemeinderat genehmigten, zwischen den Gemeinderäten von Nidau und Biel sowie Mobimo vereinbarten Grundsätzen und Zielsetzungen betreffend Werte- und Risikoausgleich / Modalitäten für die Bereitstellung des Baulandes. Er nimmt weiter Kenntnis davon, dass diese Grundsätze in die Erarbeitung der von den Stadträten sowie der Stimmbevölkerung von Biel und Nidau zu gegebener Zeit zu fassenden Beschlüsse einfließen sollen.

- 440 3. Er beauftragt den Gemeinderat mit folgenden weiteren Schritten für den Fall, dass die Ergebnisse des qualitätssichernden Verfahrens und des Planerlassverfahrens die Wirtschaftlichkeit des städtebaulichen Konzeptes bestätigen:
- Antragstellung für den Abschluss des Infrastrukturvertrages;
  - 445 – Antragstellung für die Teilrevision der baurechtlichen Grundordnung;
  - Antragstellung für den Verkauf der Liegenschaften im Eigentum der Stadt Nidau, soweit diese für die Umsetzung des Konzeptes notwendig sind;
  - Antragstellung für die benötigten Kredite für die Phase „Projektierung / Realisierung“.

450

#### **04. Postulat Ursula Hafner-Fürst - Zwischenbericht Glassammelstelle Zihlstrasse**

---

*Der Gemeinderat berichtet über die geplanten Massnahmen, gemäss Stadtratbeschluss vom 21. Juni 2012.*

---

FDP Ursula Hafner-Fürst

Eingereicht am: 17. November 2011

Weitere Unterschriften: 16

M 144/11

#### **Glassammelstelle Zihlstrasse**

455 *„Der Gemeinderat wird beauftragt den Zustand rund um die Glassammelstelle Zihlstrasse zu verbessern oder die Glassammelstelle aufzuheben.“*

#### **Begründung**

460 *Rund um die Glassammelstelle Zihlstrasse sieht es häufig aus wie eine Müllsammelstelle. Das Problem verschärft sich am Wochenende. Es werden Abfall, Müll, Elektrogeräte und noch so einiges um die Sammelstelle deponiert das nicht dorthin gehört. Bei Windaufkommen wird der Abfall über den ganzen Platz und die Zihlstrasse verteilt. Dies macht einen sehr ungepflegten Eindruck an einem öffentlichen Ort mit Bus- und Bahnhaltestelle.*

465 *Trotz Hinweis auf einer Tafel mit Zeiten wann man die Sammelstelle benutzen darf, wird Tag und Nacht Glas in die Container geworfen, was mit grossen Lärmemissionen verbunden ist. Ich habe den Eindruck, dass die Sammelstelle viel benutzt wird von Nicht-Nidauern die mit dem Auto auf der Durchfahrt sind.“*

#### **Bericht des Gemeinderates**

##### *1) Annahme als Postulat*

470 An der Stadtratssitzung vom 21. Juni 2012 wurde die Motion als Postulat angenommen und eine Berichterstattung innert einem Jahr über die zukünftigen Massnahmen in Aussicht gestellt. Der Gemeinderat erstattet dem Stadtrat nun einen Zwischenbericht.

##### *2) Glassammelstelle an der Zihlstrasse*

475 Der Gemeinderat beabsichtigt die Glassammelstelle an der Zihlstrasse aufzuheben. Diese Aufhebung muss jedoch eingebettet sein in das nachfolgend skizzierte Konzept, welches noch nicht in allen Details geklärt ist.

### 3) *Konzept Sammelstelle, Abfalltrennung und bereits getroffene Massnahmen*

#### a) *Sammelstelle Lyss-Strasse*

480 Die Sammelstelle an der Lyss-Strasse bereitete in der jüngsten Vergangenheit am meisten Schwierigkeiten und wurde im letzten Herbst aufgrund der unhaltbaren Zustände in Absprache mit der Liegenschaftsverwaltung des Wohnhauses Lyss-Strasse aufgehoben. Auch die Vereinbarung mit dem Grundeigentümer wurde aufgelöst.

#### b) *Massnahmen in den letzten Monaten*

485 Die Abfallsünder werden im Tagesgeschäft brieflich auf die Regeln der ordentlichen Abfallbeseitigung aufmerksam gemacht und im Wiederholungsfall der verursachte Aufwand für die Kehrichtbeseitigung nach dem Verursacherprinzip in Rechnung gestellt.

#### c) *Vorgesehene Massnahmen*

490 Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 4. Juni 2013 das Konzept für eine zentrale Abfallsammelstelle in den Grundzügen genehmigt. Dabei besteht auch die Absicht, die Sammelstelle an der Zihlstrasse aufzuheben. Die folgenden Ausführungen spiegeln den aktuellen Projektstand wieder. Mit verschiedenen, koordinierten Massnahmen soll das Sammeln der Abfälle benutzerfreundlich gestaltet werden. Gleichzeitig sollen Voraussetzungen geschaffen werden, welche einen professionellen und effizienten Umgang mit der Kehrichtentsorgung ermöglichen. Um die Kosten tief zu halten, orientiert sich die Projektausgestaltung an den gesetzlichen Vorgaben sowie an  
495 dem Grundsatz „so viel wie nötig – so wenig wie möglich“. Dieses Vorgehen bietet folgende Vorteile:

- geringe Investitionen
- kurze Umsetzungsdauer
- 500 • Präjudizen werden kaum geschaffen
- das Konzept ist variabel und erweiterbar.

#### d) *Zentrale Sammelstelle*

Eine zentrale Sammelstelle soll so ausgerüstet werden, dass mit Ausnahme des Hauskehrichts die wichtigsten Abfallarten in sammelartgerechten Gebinden entsorgt werden können.

505

Erfahrungen anderer Gemeinden mit dem Betrieb von zentralen Sammelstellen haben gezeigt, dass Sammelstellen umzäunt, abgeschlossen und während den Betriebszeiten betreut sein müssen. Das Areal des Nidauer Werkhofs und die heutigen Sammelstandorte erfüllen diese Anforderungen nicht.

510

Die Betreuung der Sammelstelle während 2 x 3 Std. (1x Spätnachmittag z.B. von 15:00 – 18:00 Uhr und Samstagmorgen von 09:00 – 12:00 Uhr), benötigt eine 20% Stelle. Dieser Personalaufwand lässt sich mit dem Wegfall der Sammelstellen und deren Betreuung kompensieren. Es sind keine zusätzlichen Stellenprozente vorgesehen.

#### 515 e) *Zusätzliche Haussammlungen*

Analog zum heutigen System der Papiersammlung wird für Altglas eine monatliche Haussammlung eingeführt. Beim Altmetall/Alu wird alle 2 Monate eine Haussammlung vorgesehen.

*f) Dezentrale Sammelstellen*

520 Die dezentralen Sammelstellen für Glas und Metall (Büchsen, Dosen) werden soweit möglich aufgehoben.

*g) Massnahmen Areal Werkhof*

525 Die Abfallmulden werden auf die Bedürfnisse des Betriebes optimal abgestimmt, die Umzäunung soweit notwendig ergänzt, resp. erneuert und evtl. durch einen automatisierten Arealzutritt (Toröffner) ergänzt.

*h) Aktueller Planungsstand der zentralen Abfallsammelstelle*

530 Zur Zeit werden die Detailabklärungen für den Standort der zentralen Abfallsammelstelle gemacht und anschliessend die Detailkosten des Gesamtkonzeptes (einmalig und wiederkehrend) ermittelt, damit der erforderliche Kredit beantragt werden kann.

Der Gemeinderat geht davon aus, dass die zentrale Abfallsammelstelle innert einem Jahr in Betrieb geht und ein weiteres Jahr später über die Erfahrungen berichtet werden kann.

### **Erwägungen**

535 **Florian Hitz:** Bei der ersten Beantwortung des Postulats vor einem Jahr habe der Gemeinderat einen Bericht in Aussicht gestellt. Der nun vorliegende Bericht und das Konzept, wie die Abfallproblematik künftig angegangen werden solle, liege nun vor. Bei der Erarbeitung des Konzepts seien nebst der Beseitigung der Misstände zwei Anliegen im Fokus gestanden: ein kundenfreundliches Handling und ein System, welches ein möglichst gutes Recycling ermögliche. Zu diesem Zweck seien zwei konkrete Massnahmen vorgesehen: die dezentralen Sammelstellen seien aufzuheben und die Abfallarten wie Glas, Weissblech und Alu sollten analog dem Altpapier neu in regelmässigen Abständen (Glas monatlich, Weissblech/Alu alle zwei Monate) direkt vor der Haustüre eingesammelt werden. Biel kenne dieses System bereits seit Jahren. Die zweite Massnahme sehe eine zentrale Abfallsammelstelle vor, bei welcher alle anderen Abfallarten deponiert werden könnten. Im Augenblick würden detaillierte Abklärungen vorgenommen, u.a. bezüglich der kostendeckenden Finanzierung. Die sinnvolle und verständliche Kommunikation gegenüber der Bevölkerung sei ebenfalls Gegenstand der Abklärungen. In diesem Sinne bitte er die Ratsmitglieder, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

550 **Ursula Hafner-Fürst (FDP):** Sie bedanke sich beim Gemeinderat für den Zwischenbericht. Sie begrüsse sehr, dass ein Konzept ausgearbeitet werde, mit welchem die Abfallproblematik der Gemeinde Nidau gelöst werden solle. Viele Massnahmen seien angedacht oder bereits umgesetzt, welche in die richtige Richtung gehen würden. Sie hoffe natürlich, dass ihr ursprüngliches Anliegen, die Glassammelstelle Zihlstrasse aufzuheben, möglichst bald berücksichtigt werde.

### **Beschluss**

555 Der Stadtrat nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

560

## **Parlamentarische Vorstösse**

Der Stadtratspräsident gibt den Empfang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

565

### **Motion – Kinderfreundliche Gemeinde**

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Standortbestimmung der UNICEF Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“ vorzunehmen und die notwendigen Massnahmen zu unternehmen, damit Nidau mit dem Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ ausgezeichnet wird.

570

Begründung:

Die UNICEF Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“ hat zum Ziel, die Umsetzung der Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Zwar sind die Kinderrechte durch nationale und kantonale Gesetze geregelt, die Umsetzung dieser Ziele obliegt aber in den meisten Fällen den einzelnen Gemeinden – denn die grössten Auswirkungen der Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern sind in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu finden.

575

Die Initiative fördert somit gezielt Prozesse zur Steigerung der Kinderfreundlichkeit und ermöglicht es Schweizer Gemeinden, eine umfassende Standortbestimmung zu diesem Thema durchzuführen. In diesem Prozess werden unter anderem folgende Themenbereiche näher betrachtet: Verwaltung und Politik, Schule, familienergänzende Betreuung, Kinder- und Jugendschutz, Gesundheit, Freizeit und Wohnumfeld.

580

585

Das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ kommt in erster Linie den Kindern und Jugendlichen zugute, verschafft aber auch der gesamten Gemeinde eine Erhöhung der Lebensqualität. Das positive Image des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde“ trägt also auch zu Förderung der Attraktivität von Nidau bei.

590

Sandra Fuhrer und Susanne Schneiter Marti, FDP, und Mitunterzeichnende

---

### **Postulat Änderung Strandbadordnung**

595

Der Gemeinderat wird beauftragt abzuklären, ob und wie in der Strandbadordnung ein Verbot angebracht werden kann welches ausdrücklich das Spucken auf den Boden verbietet. Gleichzeitig soll festgelegt werden, dass ein Spucken mit einer Busse von bis zu Sfr. ... (Höhe vom Gemeinderat festzulegen) geahndet werden kann.

600

Begründung:

Es wird sehr viel auf den Boden gespuckt in dem Bereich bei den Bassins, welcher z.B. mit Schuhen nicht betreten werden darf.

605

Sonja Simon, FDP, und Mitunterzeichnende

---

610 **Postulat Volksabstimmung vom 24. November 2013, Standpunkt der Stadt Nidau**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Hinblick auf die Abstimmung vom 24. November 2013 den Standpunkt des Stadt Nidau aktiv zu kommunizieren mit dem Ziel, das Interesse der ganzen Region am Erhalt und der Entwicklung des Zweisprachigkeit des Kantons geltend zu machen.

615

Begründung:

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Berner Jura sind aufgerufen, sich am 24.11.2013 über die institutionelle Zukunft ihrer Region auszusprechen. Sie werden über die Frage abstimmen, ob sie bereit sind, zusammen mit Kanton Jura ein Verfahren anzugehen, das auf die Gründung eines neuen Kantons ausgerichtet ist. Die entsprechende Frage wird gleichzeitig der Bevölkerung des Kantons Jura gestellt.

620

Diese Abstimmung ist für die Region und auch für die Stadt Nidau von ausserordentlich grosser Bedeutung. Zahlreich sind die Verbindungen zwischen der Stadt und dem Berner Jura (Bildung, Kultur, Verwaltung, Wirtschaft). Im Bericht des CEAT von April 2011 werden die Folgen für die Stadt Biel und für die Region, namentlich für ihre Zweisprachigkeit, eines Abgangs des Berner Jura zu einem neuen Kanton dargestellt. Allein das Verfahren, das in dieser Absicht durchgeführt werden sollte, würde die Zusammenarbeit zwischen dem Berner Jura und unserer Region nachhaltig stören.

630

Die Haltung der Stadt Nidau in der Jurafrage ist diejenige einer aktiven Neutralität. Sie will damit ein doppeltes Gleichgewicht wahren: einerseits zwischen den französischsprachigen Bevölkerungen des Berner Juras und der Stadt Nidau, andererseits zwischen der welschen und der deutschsprachigen Bevölkerung des Verwaltungskreises Biel/Bienne. Im Hinblick auf die Abstimmung vom 24. November ist die Zeit gekommen, aktiv zu werden.

635

Jean-Pierre Dutoit, PRR, und Mitunterzeichnende

---

640

**Interpellation NBK-Brücke „Curva“**

An seiner Sitzung vom 15. September 2011 hat der Stadtrat von Nidau einen Verpflichtungskredit über CHF 600'000.- für die Projektierung einer Fussgänger- und Velobrücke über den Nidau-Büren-Kanal mit grossem Mehr bewilligt (22 Ja / 3 Nein / 2 Enthaltungen).

645

In der damaligen Vorlage war ein Finanzierungsmechanismus für die Erstellung der Brücke mit angenommenen Gesamtkosten von 6 Mio. Franken dargestellt. Daraus ging hervor, dass der grösste Teil dieser Kosten durch Drittinstitutionen wie Bund, Kanton, RP Velo und SFG übernommen würde. Die Kosten für die Gemeinden/Region wurden gemäss dem damaligen Wissenstand mit Rund CHF 0,5 – 0,7 Mio. angegeben.

650

Seit geraumer Zeit gibt es Gerüchte, dass die Realisierung des Projektes „Curva“ (Sieger des Projektwettbewerbs) **wesentlich** höhere Kosten verursachen könnte.

655

Deshalb bitte ich dem Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen bis zur nächsten Stadtratssitzung vom 19. September 2013:

- 660 1. Gibt es zum heutigen Zeitpunkt verlässliche Kostenschätzungen für die Erstellung von „Curva“?
2. Gibt es zum heutigen Zeitpunkt verlässliche Zahlen zu den Beiträgen seitens der Drittinstitutionen (Bund/Kanton/RP Velo/SFG)?
3. Kann aus heutiger Sicht verlässlich beurteilt werden, wie hoch schlussendlich die durch Gemeinden/Region zu übernehmenden Kosten für die Erstellung der Brücke sein werden?
- 665 4. Wie hoch sind die zu erwartenden Betriebs- und Unterhaltskosten von „Curva“?

Thomas Spycher, FDP

---

670 **Interpellation Buchsbaumzünsler**

Der Buchsbaumzünsler – ein aus dem Fernen Osten importierter Schädling welcher 2007 das erste Mal in der Region Basel auftauchte und den Buchsbaum zum Absterben bringt – ist nun auch in Nidau gelandet. Im Jahre 2012 wurde dieser das erste Mal in der Region Bern entdeckt, worauf die Stadt Bern eine entsprechende Medienmitteilung zur Bekämpfung des Schädlings veröffentlichte.

675

Warum wurde die Bevölkerung Nidaus nicht sofort auf diesen Schädling aufmerksam gemacht, als dieser das erste Mal in Nidau entdeckt wurde?

680

Sonja Simon, FDP

---

685 **Mitteilungen:**

Die nächste Sitzung des Stadtrates findet am 19. September 2013 statt. Voraussichtlich wird die Behördendelegation der Partnergemeinde Schliengen dazu eingeladen.

690

**NAMENS DES STADTRATES**

Der Präsident

Der Sekretär

Die Protokollführerin